

Können Demokratien sparen?

Eine pessimistische Analyse

In Europa wird behauptet, man betreibe eine Sparpolitik, die so nicht durchhaltbar sei. Erst vor wenigen Tagen hat sich der Präsident der EU-Kommission so geäußert und gefordert, das könne so nicht fortgesetzt werden.

Gleichzeitig wird bekannt, dass alle bis auf einen Mitgliedsstaat der EU überhaupt nicht gespart haben, sondern ihre Schulden mehr oder weniger deutlich erhöht haben. Während 2012 der Schuldenstand der ganzen EU auf 85,3% (alle %-Zahlen auf das jeweilige BIP¹ bezogen) angestiegen ist, erreichte die EURO-Zone 90,6%, 3,7% höher als im Vorjahr. Dabei hat Deutschlands Wirtschaftsgewicht und sein leichter Überschuss von 0,2% den Wert nach unten gezogen, d.h. die Krisenstaaten vor allem im Mittelmeerraum haben ihren Schuldenstand noch stärker erhöht.

Wirklich gespart hat also keiner, d.h. niemand hat etwas für die Zukunft zurückgelegt oder mit Überschüssen Schulden (netto) getilgt. Die Behauptung, es würde gespart, ist Sprachverwirrung.

Wer also ein Ende der Sparpolitik fordert, meint in Wirklichkeit eine wesentlich höhere Netto-Neuerschuldung als 4%, die den Schuldenstand innerhalb zwei/drei Jahren dann auf 100% steigern wird.

Es sagt auch keiner der Spar-Kritiker, wer all das Geld als Gläubiger bereitstellen soll, also glauben soll, dass weitere Schuldenerhöhung zu so viel Wachstum führt, dass ein Wendepunkt erreicht wird, ab dem der Schuldenstand dann allmählich die im EURO-Raum vereinbarten 60 % BIP erreichen wird. Da alle wissen, dass die entsprechenden Schuld-Papiere nur zu risiko-bedingt hohen Zinsen an den Mann zu bringen sind, gibt es nur zwei Möglichkeiten, moderate Zinssätze zu erzwingen

- entweder kauft die Europäische Zentralbank so viel auf, dass der Marktzins im Bereich möglicher Wachstumsraten (3%?) bleibt
- oder jemand (Lieblingsvorstellung ist wohl Deutschland) übernimmt Garantien, z.B. in Form von EURO-Bonds.

¹ Das Brutto-Inlandsprodukt der EU beträgt fast 13.000 Mrd. €, das der EURO-Zone davon etwa 10.000 Mrd. €.

Die EZB hat den ersten Weg gewählt und durch die Ankündigung, dies unbeschränkt zu tun, eine gewisse Stabilisierung herbei geführt, ohne tatsächlich noch massiver schlechte Risiken zu beleihen, d.h. Geld zu „drucken“²; man darf allerdings vermuten, dass dies nur so lange gut geht, wie die Krisenstaaten glaubwürdig Konsolidierungspolitik betreiben.

Nun ist aber offenkundig, dass die Völker der betroffenen Krisenstaaten die Medizin nicht vertragen. Hohe Arbeitslosigkeit, Streichung öffentlicher Gelder und Steuererhöhungen erzeugen eine sozial explosive Stimmung, in der keine Regierung Chancen auf Wiederwahl hat³. Die Demokratie erlaubt eben auch Uneinsichtigkeit und Ungerechtigkeit – die letzten Wahlen in Ungarn, Italien, Spanien, Portugal etc zeigen, dass die Völker ihr Wohlstandsniveau auch weiter mit Schulden halten wollen. Das muss man als Demokrat akzeptieren. Da aber die Gläubiger-Staaten ebenfalls Demokratien sind, fragt es sich, wie lange diese das Spiel mitmachen wollen.

Natürlich gibt es auch die Alternative, den EURO-Verbund aufzulösen: Deutschland kehrt zur DM zurück oder die überschuldeten Staaten scheiden aus – mit entsprechenden Auf- und Abwertungen der wieder aufgenommenen nationalen Währungen. Für manche scheint das die Patentlösung, weil sie meinen, die Folgen zu übersehen, und diese für besser, insbesondere für das eigene Land (Deutschland, Italien etc) und billiger halten. Ich fürchte, dass es ein wesentliches Merkmal der Situation ist, dass man eben nicht weiß, was die Folgen sind – weder die Politiker noch die Bürger oder die Industrie wissen das sicher abzuschätzen; der Grund: es ist eine völlig neuartige Situation, dass 17 europäische Demokratien versuchen, mit einer Währung zu leben. Die Wirtschaftswissenschaften sind da keine Hilfe, da ihre Prognosefähigkeit erfahrungsgemäß gering ist.

Wenn man historisch fair ist, muss man einräumen, dass die Einführungsgründe für den EURO obsolet sind; man hatte lange gehofft, es werde sich in der EU eine Konvergenz der Wirtschafts- und Finanzpolitiken herausbilden, deren Krönung dann eine gemeinsame Währung sein könnte. Als diese Konvergenz auch in den neunziger

² Man darf gespannt sein, wie diese Methode in Japan wirkt, wo „Geld drucken“ zentrales Element der Wirtschaftspolitik der neuen Regierung Abe ist. Auch Großbritannien und die USA gehen den Weg der Geldvermehrung.

³ Gerade im relativ erfolgreichen Island wird die verantwortliche Regierung demnächst erdrutschartig abgewählt und die Verursacher der Island-Krise werden wieder an die Macht kommen. Dasselbe ist in Griechenland bereits passiert!

Jahren wenig Fortschritte zeigte, dreht man die Strategie herum: mit der Einheitswährung sollte die erwünschte Konvergenz erzwungen werden. Der auf deutschen Druck geschmiedete Fiskalpakt mit konkreten Zielen zur Haushaltssanierung war ein letzter, gerade scheiternder Versuch, diese Strategie zu retten. Das Eingeständnis einer Fehleinschätzung und Fehlentscheidung heißt aber nicht, dass man nun einfach „zurück auf Los“ gehen könnte. Alle bleiben der Solidarität in der EU-Gemeinschaft verpflichtet und der Währungsgemeinschaft noch mehr!

Ist es denn so gefährlich, wenn die Verschuldung rasch weiter steigt, also nicht nur jährlich 4%, sondern um deutlich mehr? Da kam gerade eine Meldung zur rechten (?) Zeit, dass eine frühere wissenschaftliche Arbeit wohl etwas schlampig war, die behauptet hatte, bei 90% BIP-Verschuldung gebe es keine Chance auf Wachstum mehr, unter anderem weil die Zinsen dies nicht zuließen. Das war sicher albern, weil es keine solche absolute Grenze gibt, aber das Gegenteil kann ja auch nicht wahr sein: das nämlich jede Höhe von Staatsschulden bedient werden kann.

Die Wahrheit erzählt jedes Schneeballsystem: solange man jemanden findet, der daran glaubt und sich deshalb engagiert, geht es weiter; sobald Zweifel an der Rückzahlbarkeit von Darlehen auftauchen, ist Ende. Können wir wirklich glauben, dass solche Zweifel noch aus der Welt zu schaffen sind?

Ist nicht eher anzunehmen, dass sich die Völker Regierungen wählen, die ihnen die Illusion noch eine Weile gönnen, sie könnten auf Dauer über ihrer eigenen Leistungsfähigkeit konsumieren?

Das soll keine Moralpredigt sein, sondern eine Analyse der demokratisch-sozialen Dynamik, die nicht einfangbar erscheint – oder im Umkehrschluss: wie alle Schneeballsystem wird es ein Ende geben, bei dem die Krise noch größer sein wird als zur Zeit, denn mit dem Schuldenstand nimmt die Fallhöhe zu, aus der alle auf den Boden der realen Verhältnisse abstürzen werden. Die Politiker werden alles versuchen, die Wohlstands- und Vermögens – Illusionen erst später platzen zu lassen – jedenfalls nicht zu ihrer Regierungszeit.

Was wird dann passieren?

Die Schuldner werden noch weniger zahlen können als heute, sie werden die fälligen Zahlungen an die Gläubiger einstellen. Die Gläubiger werden einen Großteil ihrer Wertpapiere und Versicherungsansprüche verlieren, aber auch ihre Märkte. Die Grenzen der Pleitestaaten werden für Handel und Geldströme dicht gemacht – auch wegen der einsetzenden rapiden Kapitalflucht. Ein Domino-Effekt wird die Handelspartner und Geldgeber mit in den Strudel ziehen, so dass viele Errungenschaften des Freihandels in und außerhalb der EU zusammenbrechen.

Und da ist keine Alternative in Sicht als die genauso zerstörerische Politik einer Konsolidierung „auf Teufel komm raus“, denn die Teufel schauen ja bereits um die Ecke – Populisten, Faschisten, Nationalisten, wie wir sie in Österreich, Ungarn, Italien, Niederlande schon gesehen haben und in Frankreich fürchten müssen.

Gerd Eisenbeiß , Bonn, den 26. April 2013

PS: Wer die niedrige Lohnentwicklung in Deutschland als eine der Ursachen des deutschen Leistungsbilanz-Überschusses erkannt hat, weist in der Regel auf die Möglichkeit hin, Deutschland solle selbst mehr konsumieren und damit seine Wettbewerbsfähigkeit senken. Das leuchtet mir zumindest als mittelfristig wirksamer Lösungsbeitrag ein, insbesondere, wenn die der höhere Eigenverbrauch nicht in allgemeinem Konsum und Verschwendung besteht, sondern in Zukunftsinvestitionen im Bildungs-, Forschungs- und Infrastrukturbereich sowie ökologischer und energetischer Sanierung. Die dabei zu beantwortende Frage bleibt allerdings, wie Wettbewerbsfähigkeit, bzw. die benötigten Finanzen, in diese Sektoren umgeleitet werden können außer durch deutlich höhere Steuern. Ob diese Alternative die Zustimmung der Deutschen finden wird, wird das Wahlergebnis der rot-grünen Opposition im Herbst zeigen, die eine eher maßvolle Steuererhöhung im Programm haben.

Es folgt eine **Analyse vom 8. September 2011**, die der Süddeutschen Zeitung angeboten, aber nicht gedruckt wurde.

Demokratie und Schuldenkrise.

Warum wir Patrioten brauchen, die politischen Selbstmord in Kauf nehmen.

Wer die Politik seit Ausbruch der Schuldenkrise verfolgt, könnte an der Demokratie verzweifeln, gäbe es denn eine demokratische Alternative, denn anderes kommt nicht in Frage. Das klingt albern; es ist aber berechtigt.

Die dramatische Situation ist insofern in vielen überschuldeten Ländern ganz ähnlich. Besonders gut hat das Silvio Berlusconi verstanden, der nach eigener Aussage seinen Finanzminister mit dem Hinweis abgebürstet hat, mit Sparen gewinne man keine Wähler. Recht hat dieser populistische Egoist: gegen jede Sparpolitik oder Steuererhöhung oder auch nur tatsächlichen Kampf gegen Steuerhinterziehung bildet sich eine protestierende Mehrheit – jeweils unterstützt von ebenso verantwortungslosen Oppositionspolitikern, die Sanierung ohne Schmerzen versprechen. Selbst intelligente Protestierer fühlen sich im Recht, wenn sie Sanierungsopfer zwar grundsätzlich befürworten, eigene Opfer aber als schreiende Ungerechtigkeit anprangern. Es herrscht also große Einigkeit in der Ablehnung von Sanierungsstrategien, die zu Mehrheiten gegen die jeweils Regierenden ausreicht, aber keineswegs zu konstruktiven Alternativen.

So kann die Demokratie die akute Schuldenkrise nur lösen, wenn regierende Mehrheiten zu politischem Selbstmord bereit sind. Ohne solche wahren Patrioten, die das Schicksal ihres Landes und Europas über ihr Partei- und Karriere-Interessen stellen, wird Europas Krise sich weiter verschärfen!

In Portugal hat das bereits zu einem Regierungswechsel geführt – nicht zuletzt, weil die vorherige Opposition die Sanierungspolitik diffamiert hat, bis sie des Rettungsschirms wegen kurz vor der Wahl einlenken musste. Der abgelösten Regierung hat das nicht mehr helfen können, obwohl dem Beobachter klar war, dass die konservativen Wahlsieger eher schärfer und eher unsozialer sanieren würden.

Auch in Griechenland könnte die derzeitige Regierung ganz offensichtlich das notwendige Sanierungsprogramm nur durchsetzen, wenn sie politischen Selbstmord hinnähme. Schon jetzt zeigen die Umfragen, dass die konservative Opposition mehrheitsfähige Zustimmungswerte erzielt, obwohl sie selbst als Vorgängerregierung die Verschuldung hochgetrieben hat. Es reicht offenbar, nein zu sagen zu allem, was notwendig ist und weh tut. Armes Griechenland! Sie werden die einen abwählen und anschließend keinen Deut besser dastehen. Denn so wie die jetzige Regierung z.B. an den Gewerkschaften und eigenen Parteigenossen scheitert, wird die Nachfolgerregierung insbesondere bei den wohlhabenden Steuerhinterziehern nichts tun können oder wollen. Es gibt dafür keinen Rettungsschirm, auch weil es nicht um Regenschutz geht, sondern um Absturz, also eher ein Fallschirm gebraucht würde.

Auch in den USA verweigert sich das Volk nach demokratischen Spielregeln eine Lösung der Schuldenkrise. Erst wählte es einen Präsidenten mit Lösungsstrategien

für viele große Probleme, um anschließend eine reaktionäre Mehrheit im Repräsentantenhaus mit dem Auftrag zu versehen, jeden Erfolg zu verhindern. Auch hier gibt es keine konsens- und mehrheitsfähige Mitte mehr, sondern nur Polarität, bei der eine der beiden Seiten politischen Selbstmord beginge, wenn sie der anderen entgegenkäme. Schon jetzt riskiert der Präsident, überhaupt keine parlamentarische Machtbasis mehr zu besitzen, weil Teile seiner Partei die Gefolgschaft verweigern, wenn von der republikanischen Mehrheit der Abgeordneten lausige Kompromisse erpresst werden. Lauscht man den Präsidentschaftsaspiranten der Republikaner, so kommt sogar der Eindruck auf, hier solle eine ganze Nation politischen Selbstmord wählen.

Gibt es auch Helden, die als Patrioten Verantwortung auf eigene Kosten zeigen? Ja! Spaniens Ministerpräsident Zapatero hat seinen Rücktritt angekündigt, sobald sein Sanierungskonzept beschlossen ist und umgesetzt werden kann. Der Mann hat den Mut eines wirklichen Patrioten, sich seinem Land zuliebe unbeliebt zu machen. Auch dort wird allerdings nach geleisteter Arbeit eine mehr als konservative Opposition mit einer Mehrheit belohnt, die alles andere als verdient ist. So ungerecht ist Demokratie, weil die Menschen so ungerecht urteilen und immer wieder Verführern folgen, die nur in der Opposition angenehm klingen.

Man darf bei diesem Thema auch an einen deutschen Bundeskanzler erinnern, der nach seiner Wiederwahl 2002 sehr wohl wusste, welche Schwierigkeiten seine eigene Partei mit dem ehrgeizigen Sanierungsprogramm der Agenda 2010 haben würde. Auch er hat das als Notwendig erkannte über Parteiinteressen gestellt und darüber 2005 die Kanzlerschaft verloren, weil sich die Uneinsichtigen in einer linken Protestpartei sogar mit den Parteierben der DDR-Diktatur zusammen getan haben. Es spricht für die überdurchschnittliche Reife der deutschen Demokratie, dass damals nicht etwa die Opposition aus CDU/CSU und FDP zugewonnen hat, sondern die Spaltung der Sozialdemokraten Ursache des Machtverlustes war.

Es geht ja bei der akuten Schuldenkrise nicht um Kleinigkeiten, sondern um reale Wohlstandsverluste durch Anpassung von Staatsaufgaben an die tatsächlichen Einnahmen oder um Einnahmeverbesserungen, die konjunkturell schädlich sind. Und es geht um eine Phase, in der das Pulver verschossen ist, durch neue zusätzliche Schulden die Konjunktur zu stärken. Da das Vertrauen der Menschen (und nicht nur der „bösen Spekulanten“) in die fristgerechte Rückzahlung von Darlehen an bestimmte Staaten zerstört ist, sind Maßnahmen wie das neue 300 Mrd.-Ausgabeprogramm des US-Präsidenten vielleicht nicht gleich politischer, aber doch absehbar wirtschaftlicher Selbstmord, dem der politische Exitus sicher bald folgen wird.

Es steht so oder so zu befürchten, dass es keine angenehme Bewältigung der Krise, etwa eine sanfte Landung auf einem Null-Niveau der Netto-Neuverschuldung, geben wird. Rettungsschirme kaufen mit gutem Geld Zeit, in der nichts besser wird, weil Demokratie so ist wie sie ist. Und Griechenland? Man schenke diesem sympathischen Land einen teuren Fallschirm und entlasse es aus der Verpflichtung zu einer politischen Disziplin, die die Demokratie des Landes zur Zeit noch überfordert.